

**Stellungnahme im Rahmen der Expertenanhörung des Kulturausschusses des Bundestages
am 2.09.2022**

Michael v. Cranach

Deutscher Bundestag

Ausschuss für
Kultur und Medien

Ausschussdrucksache
20(22)34

22.09.2022

Nach Jahrzehnten des Leugnens und Verdrängens begann die Auseinandersetzung mit den Krankenmorden in der Zeit des Nationalsozialismus spät, erst in den 80er Jahren. Anfänglich stand die historische Klärung im Vordergrund der Bemühungen um dann allmählich die Erinnerung und Würdigung an die Opfer

Als Psychiater, der sich seit über 40 Jahren mit diesem Thema beschäftigt, begrüße ich es außerordentlich, dass der Bundestag in dieser umfassenden Form das Gedenken an diese Verbrechen fördern will und die Anerkennung der Opfer als Verfolgte des Nazi-Regimes bekräftigen will.

Die im Antrag erwähnten 8 Forderungen kann ich ohne Einwände unterstützen. Auf zwei Punkte möchte ich mich in meiner Stellungnahme konzentrieren.

1. Das Zurückbringen der Opfer in die kollektive und familiäre Erinnerung.

Nachdem 2018 jahrelange Bemühungen um die Beseitigung der Widerstände gegen eine Namensnennung der Opfer, die einer erneuten Diskriminierung und Stigmatisierung gleichkamen, erfolgreich waren, sind vielerorts lokale Gedenkbücher mit der Namensnennung und Opferbiographien erschienen, München, Karlsruhe, Stuttgart, Leipzig und viele mehr. Diese Initiativen gingen und gehen meist „von unten“ aus, engagierte Bürger, Nachfahren von Betroffenen, Psychiatrietätige. Diese Initiativen sind wichtig, sie brauchen Anerkennung, Förderung und Unterstützung, sie zeigen, dass Gedenken auch in der Bevölkerung verankert ist. Diese Initiativen brauchen aber auch konkrete Unterstützung bei der Identifizierung der Opfer. Während die Identifizierung der ca. 70 000 Opfer, die zwischen 1940 und Sommer 1941 deportiert und in den Tötungsanstalten ermordet wurden, einfach ist anhand von Transportlisten und ähnlichen Quellen, ist die Feststellung des Opferstatus für die Patienten, die bis Ende des Krieges und darüber hinaus in den Anstalten selbst ermordet wurden, schwieriger. Die dafür notwendige Methodik ist aufwendig und bedarf beachtlicher Unterstützung. Diese ist besonders erforderlich, wenn eine bundesweite Dokumentation mit Namensnennung der Opfer geplant ist, was in meinen Augen wichtig wäre.

Im Rahmen dieser Lokalen Initiativen haben sich an mehreren Orten Nachfahren der Opfer zu sehr aktiven Angehörigeninitiativen zusammengefunden, die sich eindrucksvoll bemühen, die in den einzelnen Familien vergessenen oder verdrängten Opfer wieder in die familiäre Erinnerung zurückzubringen. Diese Initiativen mit ihren Forderungen (z.B. die Münchner Angehörigeninitiative mit ihrer „Hartheim-Deklaration“) sind besonders zu beachten und zu fördern.

2. Der Umgang der psychiatrischen Krankenhäuser mit ihrer Vergangenheit.

Anders als in vielen europäischen Ländern wurden in Deutschland im Rahmen der nach dem Krieg erfolgten Reformen der psychiatrischen Versorgung die großen psychiatrischen Anstalten nicht geschlossen sondern reformiert weitergeführt. Es ist auf jeden Fall dafür

Sorge zu tragen, dass sowohl Krankenakten wie Verwaltungsakten nicht vernichtet werden, was an einigen Orten schon geschehen ist. Das ist extrem dringlich, da die Aufbewahrungspflicht für Krankenunterlagen vor kurzem verkürzt wurde. Die Krankenhäuser sollten verpflichtet werden, ein historisches Archiv mit entsprechender Betreuung einzurichten oder die Akten an ein öffentliches Archiv zu übergeben. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass die Krankenhäuser Nachfragen von Angehörigen in qualifizierter Weise beantworten d.h. diese auch beraten und unterstützen bei der Konfrontation mit der Akte und dem darin geschilderten Schicksal. Ebenso sollten die Krankenhäuser als Täterort Unterstützung erhalten, aktiv in ihren Räumen über das Verbrechen und ihre Haltung dazu informieren und das Gedenken aktiv zu gestalten, ein Beitrag um verlorengegangenes Vertrauen der Patienten wieder zu erlangen. Denn wie wir heute wissen, haben die Nationalsozialisten die Tür geöffnet für Vorstellungen, die bereits Jahrzehnte davor in den Köpfen vieler Psychiater waren.